Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ratsbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung Verwaltungssteuerung	Datum 27.05.2005
	Schriftführer: Herr Kredelbach Telefon-Nr.: 02202/142237

Niederschrift

Rat	**Sitzung am 19.05.2005**
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:06 Uhr – 19:26 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 18:03 Uhr – 18:13 Uhr

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A **<u>Öffentlicher Teil</u>**

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

2. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 17.03.2005 - öffentlicher Teil -**
209/2005

4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

5. **Anordnung einer Tempo-30 Zone im Straßenzug "In der Auen/Beningsfeld" und in der Rommerscheider Straße ;**
hier: Beanstandung des Ausschussbeschlusses vom 03.03.2005
256/2005

6. **Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) Bergisch Gladbach-Stadtmitte**
233/2005

7. Einwohnerfragestunde
153/2005

8. Änderung der Zuwendungen zu den Aufwendungen der Geschäftsführung der Fraktionen;
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 02.03.2005
230/2005

9. Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2004
236/2005

10. Zuschuss zur Förderung von Projekten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit
215/2005

11. Hebesatzsatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2005
216/2005

12. Jahresabschluss 2003 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH
214/2005

13. Wirtschaftsplan Verkehrsflächen;
hier: Bildung von Wirtschaftsplanresten
201/2005

14. I. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abwälzung und Erhebung der Abwasserabgabe der Stadt Bergisch Gladbach
190/2005

15. III. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage
191/2005

16. I. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)
192/2005

17. Brandschutzbedarfsplan der städt. Feuerwehr;
hier: Bericht über die Zielerreichung in 2004
240/2005

18. a) Mitgliedschaft des Integrationsbeirates in der Landesarbeitsgemeinschaft der kommuna-len Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA) und
b) Wahl der Mitglieder in den Gremien der LAGA
572/2004

19. Ergänzungswahl für ein beratendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses

206/2005

20. Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten;
hier: Besetzung des Regionalbeirates der Kreissparkasse Köln
254/2005

21.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.04.2005 (Eingang 29.04.2005) zur Vorbereitung vom Maßnahmen in der Umweltpolitik 2005
252/2005

21.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 25.04.2005 zum Ausschreibungsverfahren bei der Vergabe städtischer Aufträge und zu Auftragsvergaben zur Verlegung von Hausanschlüssen (Wasser, Abwasser, Strom)
257/2005

21.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.04.2005, ein Hearing für Ratsmitglieder zum Thema "Feinstaub" zu veranstalten und zu diesem Zweck Fachleute als Referenten einzuladen
253/2005

21.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Novellierung des räumlich-funktionalen Entwicklungskonzept -RFK-
259/2005

21.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und KIDidiative vom 27.04.2005 zur probeweisen Umgestaltung des Konrad- Adenauer- Platzes
260/2005

22. Anfragen der Ratsmitglieder

B <u>Nichtöffentlicher Teil</u>

1. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung
- nichtöffentlicher Teil -

2. Durchführungsbericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 17.03.2005 - nichtöffentlicher Teil -

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

4.1 Antrag der Fraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e.V. vom 25.04.2005 zur Auflösung der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH
255/2005

4.2 Antrag der Stadtratsfraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e.V. vom 30.04.2005 zur Auflösung der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach GmbH
258/2005

5. Anfragen der Ratsmitglieder

Protokollierung

A **Öffentlicher Teil**

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

@-> Bürgermeister Orth eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Rat rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeladen wurde sowie beschlussfähig ist.

Er benennt folgende, für die heutige Sitzung relevanten Unterlagen:

1. Die Einladung vom 06.05.2005 mit den dazugehörenden Vorlagen und

2. das Schreiben vom 13.5.2005 mit der aktualisierten Anlage zur Tagesordnung.

Danach weist er darauf hin, dass die FDP- Fraktion nach Fristablauf einen Antrag zur „ Information der Ratsmitglieder über die Ergebnisse von Aufsichtsratssitzungen " eingereicht habe. Eine Beratung in der heutigen Sitzung sei nicht möglich. Er schlägt vor, ihn in der kommenden Sitzung des Hauptausschuss am 28.06.2005 zu behandeln.

Herr Dr. Fischer gibt bekannt, dass der Antrag in seiner ersten Zeile wegen einer missverständlichen Formulierung zu modifizieren sei. Im Einverständnis mit Bürgermeister Orth und dem Rat werde er den Antrag für den Hauptausschuss erneut stellen.

Hierüber besteht Einvernehmen.

Zuletzt informiert Bürgermeister Orth darüber, dass der Finanz- und Liegenschaftsausschuss zur „ Hebesatzsatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2005 " keine Beschlussempfehlung unterbreite, sondern diesen Tagesordnungspunkt einstimmig vertagt habe. Er sei daher von der Tagesordnung der heutigen Sitzung zu nehmen.

Auch hierüber besteht Einvernehmen.

<-@

2. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**

@-> Unter Bezugnahme auf die Formulierung der Niederschrift auf Seite A9, Absatz 4, Satz 2 weist Herr Lang darauf hin, das es sich bei der dort benannten Empfehlung um die seinige gehandelt habe. Das Protokoll sei hier nicht korrekt formuliert.

Bürgermeister Orth entgegnet, dass auch andere Fraktionsvorsitzende das gleiche für sich beanspruchen könnten. Er habe aber keine Bedenken, die Anmerkung von Herrn Lang zur Klarstellung der Niederschrift zu akzeptieren.

Im übrigen wird die Niederschrift genehmigt.

<-@

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 17.03.2005 - öffentlicher Teil -

@-> Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

<-@

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

@-> 1. Präsentation der Wahlergebnisse am Sonntag, dem 22.05. 2005

Bürgermeister Orth informiert darüber, dass die Verwaltung wie bereits bei früheren Wahlen auch am kommenden Sonntag die Wahlergebnisse der Landtagswahl präsentieren werde. Zu diesem Zweck sei der großen Sitzungssaal im Rathaus Bergisch Gladbach ab 18:00 Uhr für die Öffentlichkeit und die Presse geöffnet. Mit einem vorläufigen amtlichen Endergebnis für die Stadt Bergisch Gladbach sei ab etwa 19:30 Uhr zu rechnen.

2. Entlassungsfeier für die Abiturienten der Städtischen Integrierten Gesamtschule Paffrath
---

Bürgermeister Orth informiert über eine Einladung für alle Ratsmitglieder durch die Städtische Integrierte Gesamtschule Paffrath zu deren Abiturienten-Entlassungsfeier am 24.06. 2005 ab 19:30 Uhr. Das Einladungsschreiben ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

<-@

5. Anordnung einer Tempo-30 Zone im Straßenzug "In der Auen/Beningsfeld" und in der Rommerscheider Straße ;
hier: Beanstandung des Ausschussbeschlusses vom 03.03.2005

@-> Bürgermeister Orth begründet die Vorlage.

Herr Waldschmidt erläutert, dass die Tempo 30-Zone in den Straßen „ In der Auen/ Beningsfeld “ in der Vergangenheit sowohl durch die Anlieger als auch durch die Verkehrsteilnehmer akzeptiert wurde. Er wirft der CDU-Fraktion vor, in der vergangenen Ratsperiode unter Ausnutzung ihrer absoluten Ratsmehrheit die Verwaltung vorgeschickt zu haben, die bis dahin rechtlich unbestrittenen Tempo 30-Zonen abzuschaffen. Hierbei mache sie sich die Rechtsauffassung der Verwaltung zu eigen. Seiner Auffassung nach liege die Verkehrsplanung und damit die in Rede stehende Angelegenheit in der Kompetenz des Rates. Die SPD- Fraktion sei nicht bereit, sich dieses Recht nehmen zu lassen. Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr habe in seiner Sitzung am 03.03.2005 die Straßenzüge „ In der Auen/ Beningsfeld “ und

„ Rommerscheider Straße “ aus dem Vorfahrts- Straßennetz herausgenommen und die Anordnung von Tempo 30-Zonen empfohlen. Dies diene der Revision getroffener Entscheidungen in der vergangenen Ratsperiode.

Bislang habe die Verwaltung kein ausreichendes Argument zur Aufhebung der Tempo 30-Zonen vorlegen können. Insbesondere sei nicht von einem erheblichen Durchgangsverkehr auszugehen. Die letzte Verkehrszählung in den Straßen „ In der Auen/ / Beningsfeld “ sei aus dem Jahre 1985 und beziffere den Durchgangsverkehr mit weniger als 16 Prozent. Auch heute nehme der Straßenzug überwiegend Ziel- und Quellverkehr des umliegenden Wohngebietes auf. Öffentlicher Personennahverkehr könne ohne weiteres durch einen verkehrsberuhigten Bereich geleitet werden. Er empfiehlt eine Zurückweisung des Beschlussvorschlages der Verwaltung.

Herr Lang weist auf einen Antrag seiner Fraktion in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 28.04.2005 hin, den er jedoch auf Grund des dort gefassten Beschlusses wieder zurückgezogen habe. Er sei hierbei davon ausgegangen, dass der Beschluss des Ausschusses eine hinreichende Klarstellung bewirke. Da er hieran inzwischen Zweifel habe, wiederhole er diesen Antrag für den Rat in modifizierter Form wie folgt:
„Die Straßen In der Auen/ Beningsfeld werden in solche für Anlieger (Tempo 30-Zone) eingestuft. Die derzeitigen Widmungen werden entsprechend berichtigt. Der Bürgermeister als Träger der Straßenbaulast wird beauftragt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass er in seiner Eigenschaft als Straßenverkehrsbehörde die in der Straßenverkehrsordnung für Tempo 30-Zonen vorgesehene Beschilderung anordnen kann. Die Beanstandung des Beschlusses des Fachausschusses wird zurückgewiesen.“

Er habe diesen Antrag in der Sitzung des Ausschusses nicht begründet. Dieser sei allerdings auch erst während der Sitzung verteilt worden. Er habe daher die Stellungnahme der Verwaltung hierzu vorher nicht lesen können und gehe davon aus, dass dies auch bei den anderen Ausschussmitgliedern der Fall war. Sofern der Bürgermeister glaube, dass der Fachausschuss nicht einzubinden sei, hätte er dies im Vorfeld bekannt machen müssen. Zudem handele es sich nach Auffassung seiner Fraktion nicht um eine Entscheidung nach der Straßenverkehrsordnung, sondern um eine nach dem Landesstraßengesetz. Dieses ordne die Straßen ein und gebe eine entsprechende Widmung unter Beachtung der sie prägenden Kriterien vor. Die Widmung der Straßen „ In der Auen /Beningsfeld “ verwende nicht die im Gesetz vorgesehenen Formulierungen, sondern qualifiziere sie lediglich als „ Straßen mit erheblichem Verkehr “.

Somit sei der Rat befugt, über die Funktion der Straßen zu befinden. Dieser müsse auch einen Missbrauch durch Schleichverkehr nicht dulden. Im Vordergrund aller verkehrsrechtlichen Vorschriften stehe die Sicherheit. Straßenverkehr werde wesentlich sicherer, wenn man ihn verlangsame. Da der seinerzeitige Widmungsakt unkorrekt formuliert wurde, sei er zu verbessern, worauf sein Antrag abziele. Im übrigen sei dem Landrat die Meinung seiner Fraktion zu der Angelegenheit schriftlich mitgeteilt worden. Dieser sei gebeten worden, einer eventuellen Beanstandung des Beschlusses vom 03.03.2005 nicht zu folgen. Dazu sei er aber nach der Gemeindeordnung ohnehin nicht verpflichtet. In seinem Antwortschreiben habe der Landrat darauf hingewiesen, dass seine (Herrn Langs) Fraktion im Rahmen des ihr zustehenden Rederechts die Möglichkeit habe, den Antrag erneut zu stellen und zu begründen. Er empfiehlt der CDU-Fraktion, deren bisher vertretene Auffassung zu revidieren, da

sich die Mehrheitsverhältnisse geändert hätten und kein Verwaltungsleiter mehr zu stützen sei.

Herr Ziffus bewertet den Antrag von Herrn Lang als positiv. Die Straßen „ In der Auen/ Beningsfeld “ könnten seiner Auffassung nach auf Grund ihres Querschnittes keine Durchgangstraßen sein, zumal deren Fortsetzung nach Köln- Dellbrück noch enger werde. Zudem habe die Stadt Köln in der Vergangenheit alles unternommen zu verhindern, dass man von Dellbrück ohne Schwierigkeiten zur Autobahn A 4 gelange. Köln fehle des weiteren das Recht, die Nutzung der in Rede stehenden Straßen für eine Anbindung an diese Autobahn zu verlangen. In andere Kommunen werde das Recht zur Anordnung von Tempo 30-Zonen wesentlich flexibler gehandhabt als in Bergisch Gladbach. Dort würden Straßen mit einem erheblich stärkeren Durchgangsverkehr ohne weiteres entsprechend eingeordnet.

Herr Dr. Fischer erklärt, dass die FDP-Fraktion nach einer erneuten Prüfung der Angelegenheit bei ihrer bisherigen Auffassung verbleibe. Es handle sich um Wohnsammelstrassen, die in der Stadt überwiegend als Tempo 30-Zonen ausgewiesen seien, teilweise sogar mit Vorfahrtsschildern. Es sei völlig normal, dass Straßen wie „ In der Auen /Beningsfeld “ als Schleichwege genutzt werden. Die Nutzer hätten sich hinsichtlich der gefahrenen Geschwindigkeit auf das Umfeld einzustellen. Er verweist auf die von der Bürgerinitiative unterbreiteten Vorschläge. Hierzu gehöre insbesondere das Aufmalen eines Tempo 30- Symbols auf dem Straßenbelag.

Herr Dr. Winzen bezeichnet die Ausführungen der Verwaltung zur „ Rommerscheider Straße “ auf Seite 5 der Vorlage im ersten Absatz Satz 2 als irreführend. Richtig sei vielmehr, dass Anlieger dieser Straße bereits Ende der 90er Jahre eine Bürgerinitiative „ Sichere Rommerscheider Straße “ gegründet hätten, die sich für die Einrichtung einer dortigen Tempo 30-Zone eingesetzt habe. Dies entspreche dem Anliegen einer Mehrheit der dort wohnenden Bürgerschaft. Hiervon zeugten auch die dort noch anzutreffenden improvisierten Tempo 30- Schilder. Richtig sei allerdings auch, dass die Bewohner von Rommerscheid und der Straße “ Großer Busch “ die „ Rommerscheider Straße “ als Zubringerstraße ansehe und daher für eine Beibehaltung von Tempo 50 seien. Diese Personen hätten in einer Versammlung des „ Bürgervereins Rommerscheid “ mehrheitlich in diesem Sinne gestimmt und hielten den Anliegern der „ Rommerscheider Straße “ damit ein Privileg vor, welches sie selbst für Ihren eigenen Wohnbereich längst erhalten hätten. Bedauerlicherweise sei die Straßenverkehrsbehörde diesem Votum gefolgt. Es sei bezeichnend, dass die Vorlage die von ihm benannte Bürgerinitiative nicht erwähne. Dennoch müsse die Verwaltung den Willen der dortigen Anlieger zur Kenntnis nehmen.

Herr Albrecht weist darauf hin, dass der Anlass zur Aufhebung der Tempo 30-Zone in den Straßen „ In der Auen /Beningsfeld “ ein durch ein Mitglied des Kreistages initiiertes Gerichtsverfahren war. Bürgermeister Orth habe in der vergangenen Ratsperiode als Ratsmitglied noch eine andere Position vertreten wie heute als Verwaltungsleiter. Jedes Mitglied des Rates habe Recht und Gesetz zu beachten. Alle bislang mit der Angelegenheit befassten Gremien hätten stets die in der Vorlage dargelegte Rechtsauffassung bestätigt. Seine Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Herr Dr. Baeumle- Courth zieht den geordneten Verkehrsablauf einer Tempo 30-Zone den derzeitigen Verhältnissen in den Straßen „ In der Auen /Beningsfeld “ vor. Der Rat habe den in dieser Sache eindeutigen Bürgerwillen politisch umzusetzen. Hieraus

resultiere, dass die Verwaltung einen Beschluß zur Einrichtung einer Tempo 30-Zone rechtssicher verwirklichen müsse.

Auch für Herrn Schütz ist die Verwaltung verpflichtet, den Willen der Ratsmehrheit adäquat umzusetzen. Es sei machbar, die in den Straßen „ In der Auen /Beningsfeld " gegebenen Voraussetzungen an die Erfordernisse der Straßenverkehrsordnung anzupassen. Sei es nicht möglich, das Verkehrszeichen Nr. 274 anzuordnen, so könne auf das Zeichen 274.1 (Strecke 30) ausgewichen werden.

Für Herrn Schneeloch hat der Rat durchaus das Recht, die Angelegenheit an sich zu ziehen und in einer Frage nach Straßenverkehrsordnung eine Entscheidung zu treffen. Da es um die Beanstandung eines Ausschussbeschlusses gehe, müsse dies rechtlich gewürdigt werden. Die Straßenverkehrsordnung sei mit Zustimmung des Bundesrates im September 2000 mit der Zielrichtung geändert worden, eine Einrichtung von Tempo 30-Zonen zu erleichtern. Bei der Umsetzung bestehe durchaus die Möglichkeit eines Einflusses der Kommunen, die durch die Änderung noch gestärkt worden sei. Allerdings hätten die Straßenverkehrsbehörden keine Anordnungspflicht auf der Grundlage eines kommunalen Antragsrechts, da es sich um den Vollzug von Bundesrecht in der Kompetenz der Bundesländer handele. In der Verwaltungsvorschrift zu § 45 Absatz 1 c StVO werde auf der anderen Seite klargestellt, dass einem auf Einrichtung einer Tempo 30- Zone gerichteten Antrag der Kommunen bei Vorliegen der Voraussetzungen oder der Möglichkeit des Schaffens derselben zu entsprechen sei.

Nach einem Urteil des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts vom 19.05.2004 müssten die Kriterien der o. g. Rechtsnorm nicht kumulativ erfüllt sein, um die Anordnung einer Tempo 30- Zone zu rechtfertigen. Zudem fließe auch hier wie bereits in die Rechtsprechung davor ein, dass ein sogenanntes Zonenbewusstsein für die Möglichkeit einer ordnungsrechtlichen Haftbarkeit nicht mehr erforderlich sei. Er qualifiziert den von seiner Fraktion initiierten Beschluss des Fachausschusses als rechtskonform und durchführbar.

Herr Lang hat die Befürchtung, dass ein Beharren seiner Fraktion auf dem von ihm gestellten Antrag zu einer Spaltung der die Anordnung stützenden Ratsmehrheit führen könnte. Er möchte von den befürwortenden Fraktionen wissen, ob sich diese seinem Antrag anschlössen oder den im Fachausschuss gefassten Beschluss in dessen Sinne modifizierten. Falls dies nicht der Fall sei, ziehe er seinen Antrag zurück, auch wenn dieser nach seiner Auffassung die klareren Formulierungen enthalte.

Bürgermeister Orth qualifiziert den Antrag von Herrn Lang vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Mehrheit zu Ungunsten des von der Verwaltung unterbreiteten Beschlussvorschlages als nicht notwendig. Der Rat habe den politischen Willen eines Beharrens auf der mehrheitlich vertretenen Auffassung hinreichend bekundet. Jetzt habe der Landrat über das weitere Verfahren rechtlich zu befinden. Er (der Bürgermeister) verbleibe bei seiner Auffassung, dass der Fachausschuss am 9.12.2004 einen rechtswidrigen Beschluss fasste. Im übrigen habe er sich in der vergangenen Ratsperiode als Mitglied des Rates keineswegs dezidiert für die Beibehaltung der Tempo 30-Zone in den beiden Straßen „ In der Auen/ Beningsfeld " ausgesprochen, sondern seiner Vorgängerin im Amt lediglich kundgetan, dass diese besser die Finger von der Angelegenheit gelassen hätte. Letzteres bleibe ihm auf Grund der Entwicklung der Angelegenheit nunmehr nicht erspart. In Bezug auf die beiden Straßen gehe er im übrigen davon aus, dass mit der derzeitigen Lösung alle gut leben könnten und diese

daher als positiv zu bewerten sei. Die Anordnung einer Tempo 30- Zone dort sei eher geeignet, die zur Zeit gewährleistete Sicherheit zu verschlechtern.

Herr Lang zieht seinen Antrag zurück.

Sodann lehnt der Rat den Beschlussvorschlag der Verwaltung mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU ab.

<-@

6. Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) Bergisch Gladbach-Stadtmitte

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss:**

<-@

@-> **Der Rat begrüßt es, die Einrichtung einer Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) für den Bereich Bergisch Gladbach-Stadtmitte zu initiieren und Fördermittel für ein entsprechendes Modellvorhaben beim Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes NRW zu beantragen. Im Falle einer Gründung der ISG wird die Verwaltung beauftragt, sich an ihr aktiv zu beteiligen.**

<-@

7. Einwohnerfragestunde

@-> Einwohneranfrage zur Verwendung des Bergisch Gladbacher Stadtwappens durch die CDU

Bürgermeister Orth verliest ein Schreiben von Herrn Klaus Hoffmann zu der o. g. Thematik. Dieses ist der Niederschrift als Anlage beigefügt. Er stellt klar, dass es sich um die Wahlkampfbroschüre des für Bergisch Gladbach benannten Wahlkampfkandidaten der CDU handele, die an die Haushalte in der Stadt verteilt wurde.

Sodann beantwortet er die gestellten Fragen wie folgt:

Die Verwaltung habe der CDU die Verwendung des Bergisch Gladbacher Wappens nicht erlaubt. Es gebe allerdings auch keine Vorschrift, die für die Verwendung eines Stadtwappens eine förmliche Genehmigung voraussetze. Allerdings könne er die Verwendung des Wappens zum benannten Zwecke auch im Nachhinein nicht als positiv bewerten, da er die Gefahr eines inflationären Gebrauchs sehe, gegen den die Verwaltung dann doch massiv einschreiten müsse.

Es sei daher seine Absicht, nach der Landtagswahl mit den Fraktionen und Parteien ein Einvernehmen darüber zu erzielen, ob, und wenn ja wie, in künftigen Wahlkämpfen das städtische Wappen oder andere städtische Embleme verwendet werden dürfen.

Für die Verwendung des Wappens sei durch die CDU kein Nutzungsentgelt gezahlt worden. An eine Nachforderung werde nicht gedacht, da es hierfür keine rechtliche Grundlage gebe.

Zuletzt sei der Verwaltung nicht bekannt, ob städtische Fraktionsgelder in die benannte Wahlwerbung der CDU eingeflossen seien. Hinweise darauf lägen nicht vor.

<-@

8. Änderung der Zuwendungen zu den Aufwendungen der Geschäftsführung der Fraktionen,
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 02.03.2005

@-> Herr Dr. Fischer stimmt der in der Vorlage dargelegten Verfahrensweise der Variante IV zu.

Sodann fasst der Rat einstimmig folgenden **Beschluss:**

1. **Der Antrag der FDP-Fraktion wird abgelehnt.**

2. **Der Bürgermeister wird beauftragt, nach Vorlage der Verwendungsnachweise für das Jahr 2005 Anfang des Jahres 2006 eine neue Bedarfsanalyse zu erarbeiten und auf deren Grundlage mit den Fraktionen Gespräche über eine eventuelle Neuregelung der Zuwendungen für die Ausgaben der Geschäftsführung der Fraktionen zu führen.**

<-@

9. Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2004

@-> Herr Ziffus möchte wissen, ob die Höhe der Gewerbesteuer in Relation zu deren Ansatz bekannt sei.

Dies wird von Bürgermeister Orth verneint.

Herr Ziffus fragt ergänzend, wie hoch 2004 die Gewerbesteuereinnahmen in Relation zum Ansatz gewesen seien.

Bürgermeister Orth antwortet, dass die Verwaltung in den Sitzungen der politischen Gremien nicht immer alle Zahlen präsent haben könne.

Im übrigen nimmt der Rat die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-@

10. Zuschuss zur Förderung von Projekten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss:**

Die Landeszuweisung zur Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit wird wie folgt eingesetzt:

1. **Projekt des Frauenbüros Bergisch Gladbach zur Stärkung und Unterstützung des Frauenhauses in der litauischen Partnerstadt von Bergisch Gladbach, Marijampole, 4.750,-- €,**

2. **Mietzuschuss für den Kunstbasar von terre des hommes, 409,-- €,**

3. **Förderung von Projekten des Stadtverbandes für Entwicklungszusammenarbeit Bergisch Gladbach e.V. und seiner Mitglieder, 5.924,-- €.**

4. **Ein aus dem Projekt des Frauenbüros verbleibender Überschuss wird ggf. an den Stadtverband für Entwicklungszusammenarbeit weitergereicht.**

<-@

11. Hebesatzsatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2005

@-> Der Punkt wurde von der Tagesordnung genommen.

<-@

12. Jahresabschluss 2003 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH

@-> Herr Lang kündigt die Stimmenthaltung seiner Fraktion an, da diese 2003 noch nicht im Rat gesessen habe.

Sodann fasst der Rat einstimmig bei Stimmenthaltung der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgenden **Beschluss:**

<-@

@-> 1. **Der Bürgermeister als Gesellschaftsvertreter wird bevollmächtigt, in der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss 2003 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH festzustellen. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist zum 31.12.2003 einen Jahresverlust in Höhe von 488.859 € aus. Die Abdeckung des Verlustes erfolgt aus der Kapitalrücklage. Unter der Bedingung, dass gegenüber der Stadt damit für das Wirtschaftsjahr 2003 eine verbleibende Restforderung in Höhe von 19.768 € besteht, weist der Jahresabschluss der Gesellschaft ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus. Der Ausgleich dieser Restforderung durch die Stadt Bergisch Gladbach soll durch Verrechnung mit den Zuschüssen der Folgejahre 2004 / 2005 erfolgen.**

2. **Der Bürgermeister wird bevollmächtigt, den Aufsichtsrat und den Geschäftsführer der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH zu entlasten.**

3. **Der Bürgermeister wird ebenso bevollmächtigt, für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2004 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Leyh, Dr. Kossow & Dr. Ott zu beauftragen.**

<-@

13. Wirtschaftsplan Verkehrsflächen
hier: Bildung von Wirtschaftsplanresten

@-> Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgenden **Beschluss:**

<-@

@-> **Die Bildung der unter 1. bis 3. aufgeführten Wirtschaftsplanreste wird beschlos-**

sen.

<-@

14. **I. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abwälzung und Erhebung der Abwasserabgabe der Stadt Bergisch Gladbach**

@-> Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgenden **Beschluss:**

<-@

@-> **Die I. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abwälzung und Erhebung der Abwasserabgabe der Stadt Bergisch Gladbach wird gemäß der beigefügten Vorlage beschlossen.**

<-@

15. **III. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage**

@-> Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgenden **Beschluss:**

<-@

@-> **Die III. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage wird gemäß der beigefügten Vorlage beschlossen.**

<-@

16. **I. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)**

@-> Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgenden **Beschluss:**

<-@

@-> **Die I. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) wird gemäß der beigefügten Vorlage beschlossen.**

<-@

17. **Brandschutzbedarfsplan der städt. Feuerwehr;**
hier: Bericht über die Zielerreichung in 2004

@-> Der Rat nimmt die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.

<-@

18. **a) Mitgliedschaft des Integrationsbeirates in der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA) und**
b) Wahl der Mitglieder in den Gremien der LAGA

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss:**

Die Mitgliedschaft des Integrationsbeirates Bergisch Gladbach in der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA) wird beschlossen.

Zum Vertreter des Integrationsbeirates Bergisch Gladbach im Hauptausschuss der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA) wird Herr Manfred Schmidt gewählt.

Als sein Vertreter wird Herr Klaus Farber gewählt.

Als Delegierte des Integrationsbeirates Bergisch Gladbach in der Mitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA) werden Herr Klaus Farber und Herr Manfred Schmidt gewählt.

Als 1. Vertreter wird Herr Kemal Yildiz gewählt, als 2. Vertreter wird Herr Halil Tecim gewählt.

<-@

19. Ergänzungswahl für ein beratendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses

@-> Frau Münzer begibt sich in den Zuschauerraum, da sie befangen ist.

Sodann fasst der Rat einstimmig folgenden **Beschluss:**

Auf Vorschlag des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen wird Herr Andreas Fritsch als beratendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses und Herr Michael Mommer als sein persönlicher Vertreter gewählt.

Frau Münzer kehrt an ihren Platz zurück.

<-@

20. Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten;
hier: Besetzung des Regionalbeirates der Kreissparkasse Köln

@-> Herr Ziffus möchte wissen, ob die Nachbenennung auf der Grundlage der alten Listenverbindung aus CDU, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, KIDidiative und Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg vorgenommen werden müsse oder ob eine neue Listenverbindung Platz greifen könne.

Bürgermeister Orth antwortet, dass die Nachbenennung nur auf der Grundlage der alten Listenverbindung erfolgen könne, da ansonsten eine komplette Neubenennung auf der Grundlage des d'Hondtschen Höchstzahlverfahrens erforderlich werde. Aus dieser ergäben sich zwei Sitze für die CDU, zwei Sitze für die SPD und ein Sitz für BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

Herr Albrecht reklamiert für die alte Listenverbindung das Recht, vier Benennungen

vorzunehmen. Er schlägt vor, Herrn Lang mit der vakanten Vertretung zu betrauen.

Bürgermeister Orth möchte wissen, ob die KIDidiative mit dieser Benennung einverstanden ist.

Dies wird von Herrn Schütz verneint.

Bürgermeister Orth stellt fest, dass damit der Vorschlag von Herrn Albrecht hinfällig sei.

Herr Dr. Lahn spricht sich für eine Benennung von Herrn Lang aus und bittet um eine Sitzungsunterbrechung.

Sodann unterbricht Bürgermeister Orth die Sitzung um 10 Minuten und führt zunächst die unter TOP 7 protokollierte Einwohnerfragestunde durch.

Danach gibt Herr Albrecht für die bestehende Listenverbindung bekannt, dass die Benennung zeitlich unterteilt werde und wie folgt aussehen solle:

Für die ersten zwei Jahre werde Herr Lang benannt. Die der Listenverbindung angehörenden Fraktionen verpflichteten sich, nach Ablauf dieses Zeitraums Herrn Schütz in den Regionalbeirat zu entsenden.

Hieraus ergibt sich unter Berücksichtigung des genauen Zeitraumes bis zum Ende der Wahlperiode am 20.10.2009 für die vorzunehmende fünfte Benennung folgender einvernehmlicher **Beschluss:**

1. **Für den Zeitraum vom 20.05.2005 bis zum 10.08.2007 wird das Ratsmitglied Heinz Lang in den Regionalbeirat der Kreissparkasse Köln entsandt.**

2. **Für den Zeitraum von 11.08.2007 bis zum 20.10.2009 wird das Ratsmitglied Fabian Schütz in den Regionalbeirat der Kreissparkasse Köln entsandt.**

<-@

21.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.04.2005 (Eingang 29.04.2005) zur Vorbereitung vom Maßnahmen in der Umweltpolitik 2005

@-> Herr Ziffus bittet darum, alle von seiner Fraktion gestellten Anträge in die Fachausschüsse zu überweisen.

Herr Dr. Fischer ist hiermit unter Bezug auf den Antragsgegenstand zu Punkt 21.3 nicht einverstanden. Die dort angesprochene Problematik betreffe keine städtische Zuständigkeit und sei daher in keinem Fachausschuss zu diskutieren.

Bürgermeister Orth schlägt vor, das nähere unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt zu besprechen. Hiermit ist Herr Dr. Fischer einverstanden.

Sodann fasst der Rat einstimmig folgenden **Beschluss:**

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 9.4.2005 (Eingang 29.04. 2005) zur Vorbereitung von Maßnahmen in der Umweltpolitik 2005 wird in den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr überwiesen.

<-@

21.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 25.04.2005 zum Ausschreibungsverfahren bei der Vergabe städtischer Aufträge und zu Auftragsvergaben zur Verlegung von Hausanschlüssen (Wasser, Abwasser, Strom)

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss:**

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 25.4.2005 zum Ausschreibungsverfahren bei der Vergabe städtischer Aufträge und zu Auftragsvergaben zur Verlegung von Hausanschlüssen (Wasser, Abwasser, Strom) wird in den Vergabeausschuss überwiesen.

<-@

21.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.04.2005, ein Hearing für Ratsmitglieder zum Thema "Feinstaub" zu veranstalten und zu diesem Zweck Fachleute als Referenten einzuladen

@-> Herr Dr. Fischer verweist auf die Ausarbeitung seiner Fraktion vom 9.4.2005, die der Vorlage beigefügt sei und unter 6.3 (Politische Bewertung) besage, das es wenig sinnvoll sei, zum jetzigen Zeitpunkt der Angelegenheit weiter nachzugehen. Die Feinstaub-Problematik werde auch innerhalb der Europäischen Union noch einmal neu bewertet. Eine Behandlung im Fachausschuss sei daher nicht notwendig und binde unnötig Ressourcen. Zuletzt handele sich ohnehin nur um eine Angelegenheit, die in der Zuständigkeit des Landes liege. Er beantragt, den Antrag abzulehnen.

Für Frau Ryborsch geht es zunächst weniger um eine Bewertung der Feinstaub- Problematik als vielmehr um die formelle Behandlung des Antrages. Sie wünscht eine Überweisung in den Fachausschuss.

Herr Albrecht bewertet es im Grundsatz als positiv, wenn ein Hearing zu einem gleichmäßigen Informationsstand der Ratsmitglieder hinsichtlich der Feinstaub- Problematik führe. Allerdings bewirke eine Umsetzung des Antrages einen erheblichen Aufwand (Verwaltungsressourcen, Aufwendungen für Referenten und Säle). Er schlägt vor, dass BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN das vorgeschlagene Hearing selbst organisiert. Er verspricht eine rege Teilnahme der Mitglieder seiner Fraktion.

Frau Ryborsch ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Frau Beisenherz- Galas weist darauf hin, dass es in Leipzig bereits Hinweistafeln hinsichtlich einer Feinstaubbelastung gebe.

Herr Dr. Miege wünscht keine Sachdiskussion, da die Antragstellerin eine Überweisung des Antrages wünsche.

Bürgermeister Orth schlägt vor, den Antrag zurückzuweisen.

Hierfür stimmen die CDU, die FDP und er selbst. Dagegen stimmen die SPD,

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und die KIDidiative. Die Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg enthalten sich der Stimmabgabe.

Herr Lang begründet die Stimmenthaltung seiner Fraktion damit, dass eine Nichtüberweisung des Antrages in diesem Einzelfall unfair sei.

Nach einer exakten Zählung der anwesenden Ratsmitglieder und einer klärenden Aussprache wird einvernehmlich festgestellt, dass eine Zurückweisung des Antrages bei Stimmengleichheit abgelehnt wurde. Hieraus ergibt sich ebenso einvernehmlich folgender **Beschluss:**

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.04.2005, ein Hearing für Ratsmitglieder zum Thema "Feinstaub" zu veranstalten und zu diesem Zweck Fachleute als Referenten einzuladen, wird in den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr überwiesen.

<-@

21.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Novellierung des räumlich-funktionalen Entwicklungskonzept -RFK-

@-> Bürgermeister Orth informiert darüber, dass Exemplare des räumlich-funktionalen Entwicklungskonzeptes auch noch bei Fachbereich 1-103 vorrätig seien. Sie könnten dort zum Kopieren ausgeliehen werden.

Herr Dr. Baeumle- Courth bittet darum, solche älteren Dokumente, die auch heute noch Grundlage der kommunalpolitischen Arbeit seien, auch digital vorzuhalten.

Sodann fasst der Rat einstimmig folgenden **Beschluss:**

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 1.5.2005 zur Novellierung des räumlich-funktionalen Entwicklungskonzeptes wird in den Hauptausschuss überwiesen

<-@

21.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und KIDidiative vom 27.04.2005 zur probeweisen Umgestaltung des Konrad- Adenauer- Platzes

@-> Herr Schütz beantragt eine Überweisung in den zuständigen Fachausschuss.

Bürgermeister Orth weist darauf hin, dass vom Betreiber der Gaststätte „ Am Bock “ bislang kein Antrag auf Sondernutzung gestellt wurde.

Herr Ziffus stellt klar, dass es im Antrag nicht um die Bevorzugung einer bestimmten Gaststätte gehe, sondern um eine Belebung des Konrad-Adenauer-Platzes. Mit einer Aussengastronomie sei unter Umständen auch der Ratskeller wieder zu vermieten.

Herr Waldschmidt schlägt vor, den Antrag als Anregung an die „ Projektgruppe Stadtmitte “ weiterzugeben. Diese könne seine Inhalte verfolgen.

Herr Dr. Fischer schlägt vor, den Antrag abzulehnen, ihn jedoch anschließend wie von Herrn Waldschmidt vorgeschlagen an die Projektgruppe weiterzuleiten.

Es besteht Einvernehmen, dass so verfahren wird.

<-@

22. Anfragen der Ratsmitglieder

@-> 1. Anfragen zur Linde auf dem Schulhof in Herkenrath und zur Verkehrssituation Refrather Weg in Gronau (Parken im Bereich der Firma Roplasto)

Herr Dr. Baeumle- Courth verliest zwei umfangreiche Anfragen zu den oben genannten Themen. Ihr Wortlaut ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Sodann beantwortet Bürgermeister Orth die Anfrage zur Linde auf dem Schulhof in Herkenrath. Er stellt klar, dass sich seine Bewertung der Angelegenheit an den im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden erzielten Beratungsergebnissen orientiere. Dieser habe gegen eine Versetzung des Baumes keine Bedenken geäußert, wenn durch diese der Verwaltung keine Kosten entstehen und der Baum durch sie keinen Schaden nehme. Den Willen des Ausschusses habe er umzusetzen. Im Hinblick auf den Termin der Kirmes (der sich im übrigen nicht verschieben lasse) und der Meinungsbildung im Ausschuss sei es dringend erforderlich gewesen, die Maßnahme umzusetzen. Jeder zusätzliche Tag erhöhe das Risiko, dass der Baum Schaden nehme. Es werde damit sichergestellt, dass die Kirmes in diesem Jahr am vorgesehenen Standort stattfinden könne.

Die Baumpflanzung auf dem Schulhof im Jahre 1990 habe zur Folge gehabt, dass die Kirmes dort nicht mehr stattfinden konnte, was ihr sehr zum Schaden gereichte. Ziel der Anregung sei es gewesen, diese Situation zu bereinigen. Hierzu habe sich in der Bürgerschaft eine Initiative gebildet, die auch die Kosten für eine Umsetzung des Baumes und dessen spätere Pflege übernehme. Er habe aufgrund dessen keinen Hinderungsgrund gesehen, so zu verfahren. Die Schulleitungen seien in das Verfahren eingebunden worden.

Die Bezirksregierung als Schulaufsicht habe ihn im Rahmen ihres Tätigwerdens des Verstoßes gegen das Schulverwaltungsgesetz bezichtigt. Er gehe davon aus, dass ein guter Kompromiss gefunden wurde. Die Kirmes in Herkenrath komme künftig wieder zu ihrem Recht. Zu einem Konflikt mit dem Brandschutz könne es möglicherweise im Jahr 2009 kommen, weil dann die Kirmes nicht in den Ferien stattfinde. Hier sei sicherzustellen, dass dieser gewährleistet werde. Dies könne z. B. dadurch geschehen, dass dann andere Fahrgeschäfte als das in diesem Jahr vorgesehene aufgebaut würden. In aller Regel läge der Termin der Kirmes jedoch in den Sommerferien.

Die Anfrage zur Verkehrssituation am Refrather Weg in Gronau werde schriftlich beantwortet.

2. Anfrage zum Projekt Bürgerhaushalt

Herr Albrecht weist auf die Presseberichterstattung hin, nach der die Verwaltung 500 Bürger zur Auftaktveranstaltung des Projektes Bürgerhaushaltes eingeladen habe. Er fragt an, ob der Bürgermeister die Absicht habe, die Mitglieder des Rates als Zuhörer von dieser Veranstaltung fernzuhalten, da bisher noch keine Einladung an diese erfolgt sei. Wenn ja, möchte er wissen warum.

Bürgermeister Orth antwortet, dass er keineswegs Ratsmitglieder von dieser Veranstaltung fernhalten wolle. Wenn diese allerdings teilnähmen, sollten sie sich in die Diskussion nicht einmischen. Genau dies sei allerdings voraussehbar, wenn sie bei Anwesenheit von den Bürgern in die Verantwortung genommen würden. Viele Anwesende könnten dies dahingehend missverstehen, den Bürgerhaushalt gemeinsam mit den Ratsmitgliedern zu diskutieren. Hierum gehe es jedoch gerade nicht, sondern die Bürgerschaft solle unbeeinflusst zu ihren Ergebnissen und Schlussfolgerungen kommen. Dennoch seien alle Ratsmitgliedern eingeladen, an der am 1.6.2005 ab 19:30 Uhr im Bergischen Löwen stattfindenden Veranstaltungen teilzunehmen.

3. Anmerkung zur Weitergabe von personenbezogenen Daten an die SPD

Unter Bezugnahme auf Presseberichterstattung berichtet Frau Schu, dass sie von aufgebrachten Eltern wegen einer Weitergabe von Daten deren Kinder an die SPD angerufen wurde. Sie bittet darum, den Datenschutz in Bezug auf die Weitergabe solcher Daten in Zukunft zu beachten.

Bürgermeister Orth antwortet, dass diese Angelegenheit zu denjenigen gehöre, über die man geteilter Meinung sein könne.

4. Anfragen zu Anlagen im Bereich des neuen Busbahnhofes

Frau Schneider stellt folgende Fragen:

a) Im Bereich des neuen Busbahnhofes gebe es eine Toilette, die offenbar durch die Fahrer der Wupper Sieg AG und der VRS genutzt werden dürfe, nicht jedoch durch die der RVK. Sie möchte wissen, ob hier Abhilfe geschaffen werden könne.
b) Im Bereich Stationsstr./ Johann-Wilhelm-Lindlar-Str. sei inzwischen der frühere Fußgängerüberweg mit einer neuen Ampelanlage wieder in Betrieb genommen worden. Hier vermissten die Busfahrer eine Synchronisierung mit der zweiten Fußgängerampel zum Erreichen einer „ Grünen Welle “. Sie möchte wissen, ob dies korrekt sei.

Stadtbaurat Schmickler erläutert zu a, dass es im Aufenthaltsgebäude neben öffentlichen auch eine weitere Toilette gebe, die sowohl behinderten Menschen als auch den Fahrern der Busgesellschaften zur Verfügung stehe. Bereits vor dem Bau des Busbahnhofes habe die Verwaltung Kontakt sowohl mit der Wupper- Sieg AG als auch mit dem Regionalverkehr Köln mit der Fragestellung aufgenommen, ob die Gesellschaften unter Kostenbeteiligung an der Einrichtung von Diensttoiletten und eines Aufenthaltsraumes interessiert seien. Positiv habe sich hierzu nur die Wupper- Sieg AG geäußert, mit der zusammen dann das Aufenthaltsgebäude geplant wurde und die sich an den Betriebskosten beteilige. Die Reginalverkehr Köln habe eine Beteiligung und Nutzung unter Hinweis auf die bestehenden Einrichtungen auf ihrem benachbarten Betriebsgelände verneint. Die Fahrer der RVK sollten die Angelegenheit nunmehr mit ihrer Betriebsleitung klären, die dann auf die Verwaltung zukommen könne.

Die neue Ampelanlage an der Stationsstr. / Johann- Wilhelm- Lindlar-Str. sei so konzipiert, dass sie mit der benannten zweiten synchron laufe. Wenn dies noch nicht funktioniere, werde Fachbereich 7 Abhilfe schaffen.

5. Anfragen zum Verhalten von Taxifahrern und zur Entwicklung des Güterverkehrs auf der Schiene

---

Herr Ziffus weist darauf hin, dass die Taxifahrer im Bereich der Paffrather Str. eine Ecke auf dem Parkplatz hinter der ehemaligen öffentlichen Toilette zur Verrichtung ihrer Notdurft verwendeten. Er möchte wissen, was die Verwaltung gegen diesen Missstand und zur Abhilfe zu unternehmen gedenke.

Des weiteren sei am 04.05.2005 berichtet worden, dass die Güterstrecke im Wiehltal neuerdings in Bezug auf Holztransporte wieder rentabel arbeite, was auch auf die neuen Rahmenbedingungen im Bereich der Strassen zurückzuführen sei. Er fragt an, wie sich die Rentabilität des Gütertransports auf der Schiene im Bereich der hiesigen Güterverkehrsgesellschaft vor dem Hintergrund der neuen Rahmenbedingungen entwickelt habe.

Zum Verhalten der Taxifahrer erklärt Stadtbaurat Schmickler, dass dies der Verwaltung bekannt sei. Es sei an Taxi- Ständen nicht üblich, auf Kosten der Kommunen Toiletten vorzuhalten, auch wenn es vereinzelt Toiletten dort gebe. Die Verwaltung sehe dies nicht als ihre Aufgabe an. Es sei den Taxigesellschaften freigestellt, mit einem entsprechenden Vorschlag an die Verwaltung heranzutreten. Eine Finanzierung durch die Stadt scheide aber aus.
Das Problem liege unter anderem darin, dass es in Bergisch Gladbach keinen gemeinsamen Taxiruf gebe.

6. Anfragen zur Weitergabe von personenbezogenen Daten an die SPD und zum Bebauungsplan Simonswiese.

Herr Mömkes möchte unter Bezugnahme auf die entsprechende Presseberichterstattung wissen, wer in der Verwaltung die Personendaten an die SPD herausgegeben habe.

Für den Bereich des Bebauungsplans Simonswiese sei vor einigen Wochen ein Urteil ergangen. Er möchte wissen, wie dieses umgesetzt bzw. nunmehr der Frieden in der dortigen Nachbarschaft hergestellt werde.

Fachbereichsleiterin Müller- Veit stellt klar, dass es für den Bereich Simonswiese bislang nur einen vorläufigen Beschluss gebe. Ein Urteil in der Hauptsache sei noch nicht ergangen. Die Verwaltung bemühe sich, die Kontrahenten soweit einander näher zu bringen, dass die vom Gericht gewünschte Harmonisierung der Gebäude erreicht werde. Erster Schriftverkehr sei eingeleitet worden. In künftigen Bauleitplänen achte die Verwaltung bei gewollter Kleinteiligkeit durch detaillierte Festsetzungen darauf, dass eine Entwicklung wie im Bereich Simonswiese nicht mehr eintrete. Im weiteren Verfahren zum dortigen Bebauungsplan sei der Planungsausschuss eingebunden mit dem Ziel, die Wohneinheiten zu begrenzen und für zwei Bereiche im Plangebiet eine Entwicklung wie die gerichtlich angefochtene zu verhindern. Der Fachausschuss habe einen ersten Beschluss gefasst. Jeder in die falsche Richtung laufende Antrag könne nunmehr zurückgestellt werden.

Zur ersten Frage antwortet Bürgermeister Orth, dass die Herausgabe der Daten durch ihn als Behörde erfolgte. Die Verwaltung habe hierbei völlig rechtmäßig gehandelt.

7. Anfrage zum Bauleitplan Margarethenhöhe

Herr Buchholz fragt, ob die Verwaltung mit ihm dahingehend übereinstimme, dass der Planungsausschuss sich um alle planungsrechtlichen Belange der Stadt zu kümmern habe. Wenn ja, habe die Verwaltung die Möglichkeit, Anträge auf Bauvorbescheid oder Baugenehmigung zurückzustellen, bis die Planinhalte des betroffenen Bauleitplanes konkretisiert seien?
Warum sei vor diesem Hintergrund ein Antrag auf Erteilung eines Vorbescheides im Bereich Margarethenhöhe positiv beschieden worden?
Er bittet um eine schriftliche Beantwortung.

8. Anfrage zum Ratsinformationssystem

Herr Neuheuser möchte wissen, ob die Verwaltung ihre Zusage einhalte, bis zum Sommer diesen Jahres den Ratsmitgliedern und Fraktionen den

Zugriff auf das Ratsinformationssystem zu ermöglichen.

Fachbereichsleiter Kreilkamp antwortet, dass die Einhaltung dieser Zusage von der Schaffung personeller Voraussetzungen abhängig sei. Die Besetzung der notwendigen Stelle könne absehbar erfolgen. Er sei zuversichtlich, dass nach der Sommerpause Zugriffe auf das System via Internet möglich würden.

9. Anfrage zur Weitergabe von personenbezogenen Daten an die SPD

Herr Haasbach stellt unter Bezugnahme auf die Herausgabe von personenbezogenen Daten an die SPD folgende Fragen:

a) Gebe es schriftliche Ausführungen zur Rechtmäßigkeit der Herausgabe der Daten, die den Fraktionen zur Überprüfung zur Verfügung gestellt werden könnten?
b) Gebe es eine Aussage des zuständigen Datenschutzbeauftragten? Auch diese wünsche seine Fraktion in Schriftform.
c) Könne auch seine Fraktion künftig bei der Verwaltung selektierte Personendaten anfordern, um sie zu Wahlkampfzwecken zu verwenden?
d) Wer habe die in der Presseberichterstattung erwähnten Adressaufkleber bezahlt? Würden diese von der Verwaltung mitgeliefert oder seien diese von der anfordernden Partei zu bezahlen?

10. Anfrage zur Überfahrung des Konrad- Adenauer- Platzes durch Schulbusse
---
--

Frau Beisenherz- Galas fragt an, ob die Verwaltung den Schulbussen, die Schüler zum Hans- Zanders- Bad transportierten, das Recht zum Überfahren des Konrad- Adenauer- Platzes gewähren könne.

Bürgermeister Orth möchte dies vermeiden, da ansonsten ein Anspruch dieser Art auch anderen Interessenten, z. B. den Taxifahrern, zustehe.

11. Anfrage zum Erhalt des Eissports

Frau Koshofer fragt nach dem Sachstand zu den Bemühungen zum Erhalt der Eissporthalle und damit des Eissports.

Bürgermeister Orth antwortet, dass die Verhandlungen positiv verliefen und er hoffe, nächste Woche ein zufrieden stellendes Ergebnis mitteilen zu können.

12. Anfrage zum Abstimmungsverhalten des Bürgermeisters

Herr Lang möchte wissen, ob Bürgermeister Orth an der Abstimmung zu Punkt A 5 teilgenommen habe.

Dies wird von Bürgermeister Orth bejaht.

13. Anfrage zum Bau eines Lidl- Marktes

Herr Reitz merkt an, dass in Refrath am Flehbachmühlenweg ein Lidl-Markt errichtet werden solle. Er bittet um Sachstandsmitteilung.

Fachbereichsleiterin Müller- Veit bestätigt dies. Ein positiver Vorbescheid sei erteilt worden.

Soweit die Anfragen nicht bereits mündlich beantwortet wurden, geschieht dies schriftlich.

Bürgermeister Orth schließt die öffentliche Sitzung.
<-@